



Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 20

Die Deportation der Juden aus Deutschland

Pläne – Praxis – Reaktionen
1938 – 1945

Wallstein

Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus
Band 20

»Die Deportation der Juden aus Deutschland«

Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus
Band 20

Die Deportation der Juden aus Deutschland

Pläne – Praxis – Reaktionen
1938–1945



WALLSTEIN VERLAG

Gedruckt mit Unterstützung der
»Stiftung Erinnerung«, Lindau

HerausgeberInnen und Redaktion:

Christoph Dieckmann, Wolf Gruner, Anne Klein, Birthe Kundrus, Beate Meyer,
Armin Nolzen, Babette Quinkert, Sven Reichardt, Thomas Sandkühler, Sybille
Steinbacher

Herausgeberinnen und verantwortliche Redakteurinnen dieses Bandes:
Birthe Kundrus und Beate Meyer

Postanschrift der Redaktion:

Jun.-Prof. Dr. Sven Reichardt
Universität Konstanz
Fachbereich Geschichte und Soziologie
Fach D 1
Universitätsstraße 10
78457 Konstanz

2. Auflage 2005

© der Texte bei den AutorInnen

© dieser Ausgabe Wallstein Verlag, Göttingen 2004

www.wallstein-verlag.de

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond

Umschlaggestaltung: Basta Werbeagentur, Steffi Riemann

unter Verwendung eines Fotos (Ausschnitt): Würzburger Juden auf dem Weg zum
Bahnhof (zweite Deportation aus Mainfranken am 7.12.1942, Ziel: Izbica bei Lublin),
Staatsarchiv Würzburg, Gestapo 18880a/Foto 87.

Wir danken Dr. Herbert Schott vom Staatsarchiv Würzburg.

Druck: Hubert & Co, Göttingen

ISBN (print) 978-3-89244-792-4

ISBN (eBook, pdf) 978-3-89244-2204-2

Inhalt

In eigener Sache	9
Editorial	11
WOLF GRUNER	
Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland (1938-1945) Neue Perspektiven und Dokumente.	21
BEATE MEYER	
Handlungsspielräume regionaler jüdischer Repräsentanten (1941-1945) Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und die Deportationen . . .	63
MONICA KINGREEN	
»Wir werden darüber hinweg kommen« Letzte Lebenszeichen deportierter hessischer Juden. Eine dokumentarische Annäherung	86
ROBERT KUWAŁEK	
Das kurze Leben »im Osten« Jüdische Deutsche im Distrikt Lublin aus polnisch-jüdischer Sicht	112
BEATE KOSMALA	
Zwischen Ahnen und Wissen Flucht vor der Deportation (1941-1943)	135
CHRISTIANE KULLER	
»Erster Grundsatz: Horten für die Reichsfinanzverwaltung« Die Verwertung des Eigentums der deportierten Nürnberger Juden	160
FRANK BAJOHR	
Über die Entwicklung eines schlechten Gewissens Die deutsche Bevölkerung und die Deportationen 1941-1945	180
<i>Fundstück</i>	
NICHOLAS TERRY	
Ein Gespräch zwischen dem britischen Botschafter Victor Mallet und Jacob Wallenberg, November 1941 in Stockholm Dokument: Memo by HM Minister Stockholm, 17.11.41, Conversation with M Jacob Wallenberg regarding conditions in Germany	196

Rezensionen

Saul Friedländer u.a., Bertelsmann im Dritten Reich (<i>Hartwig Stein</i>)	209
Manfred Gailus, Protestantismus und Nationalsozialismus (<i>Tanja Hetzer</i>). . .	212
Cornelia Hecht, Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik (<i>Armin Nolzen</i>)	215
Alexandra Przyrembel, »Rassenschande« (<i>Yfaat Weiss</i>)	217
Fritz Kieffer, Judenverfolgung in Deutschland (<i>Susanne Heim</i>)	219
Kiran Klaus Patel, »Soldaten der Arbeit«. Arbeitsdienste in Deutschland und den USA (<i>Rüdiger Hachtmann</i>).	220
Michael Buddrus, Totale Erziehung für den totalen Krieg (<i>Dagmar Reese</i>). . .	224
Peter Süß, »Ist Hitler nicht ein famoser Kerl?« Graetz – Eine Familie und ihr Unternehmen (<i>Dieter Ziegler</i>)	227
Uwe Mai, »Rasse und Raum« (<i>Rüdiger Hachtmann</i>)	230
Isabel Heinemann, »Rasse, Siedlung, deutsches Blut« (<i>Birthe Kundrus</i>)	233
Brian Mark Rigg, Hitlers jüdische Soldaten (<i>Christoph Rass</i>)	235
Tatjana Tönsmeier, Das Deutsche Reich und die Slowakei (<i>Dieter Pohl</i>) . . .	237
Christopher R. Browning, Die Entfesselung der »Endlösung« (<i>Wolf Gruner</i>)	238
Andrej Angrick, Besatzungspolitik und Massenmord (<i>Frank Golczewski</i>) . . .	242
Christoph Rass, »Menschenmaterial«. Innenansichten einer Infanteriedivision (<i>Armin Nolzen</i>)	244
Wolfgang Scheffler/Diana Schulle (Bearb.), Buch der Erinnerung (<i>Beate Meyer</i>)	246
Robert Jan van Pelt, The Case for Auschwitz (<i>Sybille Steinbacher</i>)	248
Peter Burke, Augenzeugenschaft <i>und</i> Klaus Hesse/Philipp Springer, Vor aller Augen <i>und</i> Klaus-Michael Mallmann u.a., Deutscher Osten 1939-1945 (<i>Anne Klein</i>)	251
Michael Wedekind, Nationalsozialistische Besatzungs- und Annexionspolitik in Norditalien (<i>Armin Nolzen</i>)	253
Lutz Hachmeister/Friedemann Siering (Hg.), »Die Herren Journalisten« (<i>Daniel Uziel</i>)	255
Nicolas Berg, Der Holocaust und die westdeutschen Historiker (<i>Irmtrud Wojak</i>)	257

Eric Hobsbawm, <i>Gefährliche Zeiten und</i> George L. Mosse, <i>Aus großem Hause und</i> Wilma und Georg Iggers, <i>Zwei Seiten der Geschichte</i> (<i>Kirsten Heinsohn</i>)	260
Martin Sabrow u.a. (Hg.), <i>Zeitgeschichte als Streitgeschichte</i> (<i>Sven Reichardt</i>)	263
Replik zur Rezension seines Buches »Die Historiographie der Shoah aus jüdischer Sicht« (<i>Dan Michman</i>)	265
Personenregister	267
Zu den Autorinnen und Autoren	270

In eigener Sache

Die Redaktion der »Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus« hat sich mit Erscheinen von Band 20 verändert: Christian Gerlach mußte aus beruflichen Gründen aus dem Herausgeberkreis ausscheiden, was für uns einen Verlust bedeutet, denn er zählt zu den Wegbereitern unserer Zeitschrift. Im Wissen, daß er uns als Autor und Rezensent verbunden bleiben wird, danken wir ihm an dieser Stelle noch einmal herzlich für sein jahreslanges Engagement. Mit Birthe Kundrus, Sven Reichardt und Sybille Steinbacher haben wir drei neue Redakteurinnen und Redakteure gewonnen, die dazu beitragen werden, unseren Anspruch auf eine kritische NS-Geschichtsforschung zu erfüllen.

Die »Beiträge« stehen methodisch für eine politische Sozialgeschichtsschreibung. Unser Ziel ist es, durch integrative, betont empirische Geschichtsforschung Erklärungsansätze für die beunruhigende Stabilität und Effizienz des NS-Regimes zu liefern und vereinfachender Mythenbildung und reiner Ideologiebezogenheit entgegenzuwirken. Dazu gehört, theoretische Modelle beziehungsweise Deutungsangebote im Hinblick auf ihre Erklärungskraft für die NS-Geschichte zu überprüfen.

Gegenüber den »Beiträgen« der ersten Jahre hat sich der Schwerpunkt von politischen Planungen, Utopien und Eliten hin zur Untersuchung der politischen Praxis im »Dritten Reich« und zur Betrachtung verschiedener sozialer Gruppen verlagert. Die in der Forschung gegenwärtig vorherrschende Trennung von Wirtschafts- und Sozialgeschichtsschreibung erscheint uns eher erkenntnishemmend. Wir nehmen regionale, nationale und internationale Perspektiven in den Blick und gehen über die gängigen, von den Rahmendaten 1933 und 1945 markierten zeitlichen Zäsuren hinaus, um Kontinuitätslinien und Wendepunkte in Politikfeldern und Biographien sowohl in der Vor- als auch in der Nachgeschichte des »Dritten Reiches« auszumachen.

Die »Beiträge« erscheinen weiterhin einmal jährlich und werden ihren ausführlichen Rezensionsteil beibehalten. Sie richten sich keineswegs ausschließlich an ein fachwissenschaftliches Publikum. Vielmehr wollen wir im Sinne der Interdisziplinarität und des internationalen Austausches auch Forscherinnen und Forschern aus anderen Fächern und anderen Ländern ein Forum bieten.

Editorial

Im Jahre 1933 lebten im Deutschen Reich mehr als 500.000 Personen, die einer jüdischen Gemeinde angehörten. Knapp neun Jahre später waren rund zwei Drittel von ihnen mehr oder minder zwangsweise emigriert. Als die systematischen Deportationen der Juden im Herbst 1941 anliefen, lagen bereits Jahre der systematischen Ausgrenzung und Vertreibung hinter den Betroffenen. Sie hatten ihre Arbeitsstellen und ihre Firmen, ihre Wohnungen und große Teile ihres Eigentums verloren, waren diskriminiert, isoliert, schikaniert, zu Verhören vorgeladen und/oder während des Novemberpogroms 1938 verhaftet worden. Wer irgendwie konnte, hatte das Deutsche Reich mit oder ohne Besitz auf legalen oder illegalen Wegen verlassen. Zurück blieben neben denen, die nicht auswandern wollten, vor allem die, die es nicht konnten: die Alten, Verarmten und Kranken.

Bereits vor dem Herbst 1941 hatte es einzelne Deportationen gegeben. Die NS-Führung hatte in einigen Fällen, beispielsweise bei Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit, Zwangsmaßnahmen in Form einer direkten, staatlich gelenkten Vertreibung eingeleitet, um diese aus dem Reich zu »entfernen«. So waren im Oktober 1938 etwa 17.000 Juden polnischer Herkunft abgeschoben worden, es folgten aus vorgeblich militärischen und siedlungspolitischen Gründen weitere Deportationen aus Stettin (Februar 1940) und Schneidemühl (März 1940) in den Distrikt Lublin im Generalgouvernement, aus Baden und der Pfalz (Oktober 1940) nach Gurs im unbesetzten Teil Frankreichs sowie aus Danzig (Februar 1941) und Wien (Februar/März 1941), wiederum in den Distrikt Lublin. Diese Kollektivausweisungen entwickelten sich seit Oktober 1941 zum zentral gesteuerten Mittel, die Juden aus allen Gebieten des »Großdeutschen Reichs« zu entfernen.¹ Ab diesem Zeitpunkt wurden deutsche und staatenlose Juden in den nicht näher definierten »Osten« und ab Sommer 1942 in das »Altersghetto« Theresienstadt im Reichsprotektorat Böhmen und Mähren transportiert. Die Transporte des Herbstes 1941 markieren den Übergang zu einer Politik der Zwangverschleppung, da die Mobilisierung der Juden per Auswanderungsdruck dem NS-Regime nicht mehr genügte. Deportationen meinten zu diesem Zeitpunkt die zwangsweise Umsiedlung einzelner Personengruppen auf Initiative und Betreiben staatlicher Organe. Genauer wäre es daher, von Zwangsumsiedelungen zu sprechen, denn die Verschleppungen waren auf Dauer angelegt, eine Rückkehr der Betroffenen –

1 Es bleibt anzumerken, daß dieses Ziel nicht verwirklicht wurde, die Deportierten blieben ja im Macht- und Verfügungsbereich des nationalsozialistischen Staates. Daher handelte es sich bei den Deportationen der Juden ab Herbst 1941 auch nicht mehr um Vertreibungen im engeren, juristischen Sinn, also über die über die rechtmäßigen bzw. annektierten Grenzen Deutschlands hinaus. Vgl. zum juristischen Diskurs Dieter Blumenwitz (Hg.), *Recht auf die Heimat im zusammenwachsenden Europa. Ein Grundrecht für nationale Minderheiten und Volksgruppen*, Frankfurt am Main 1995; als historiographischer Überblick: Andreas Gestrich (Hg.), *Ausweisung und Deportation. Formen der Zwangsmigration in der Geschichte*, Stuttgart 1995.

historisch betrachtet durchaus ein Merkmal von Deportationen, z. B. im Falle von Sträflingen – war nicht eingeplant. Allerdings trifft der Terminus »Umsiedelung« wiederum kaum die Verwahrung in Lagern und Ghettos, geschweige denn den weiteren tödlichen Verlauf der Deportationen. Die Deportationen der Juden im »Dritten Reich« sind also historisch wie juristisch schwierig auf einen Begriff zu bringen, verfehlt wäre es aber, sie von dem Zeitpunkt an, als die NS-Machthaber sie als Mittel antijüdischer Politik einsetzten, mit »Todestransporten« gleichzusetzen. Vielmehr entwickelten sie sich erst später dazu, und es ist gerade dieser sich allmählich herauschälende Zusammenhang, der das Thema komplex und vielschichtig macht.

Zwischen Oktober 1941 und März 1942 betrafen zwei Deportationswellen ca. 60.000 von den über 300.000 in Deutschland, Österreich und dem Protektorat Böhmen und Mähren lebenden Juden wie auch Sinti und Roma.² Eine dritte Verschleppungswelle fand zwischen Mitte März und Mitte Juni 1942 statt, mit der etwa 55.000 Personen in Ghettos und Lager im Distrikt Lublin (insbesondere Izbica, Piaski und Zamosc), aber auch nach Warschau transportiert wurden. Wesentliche Schaltstelle war das Reichssicherheitshauptamt (RSHA), in dem Adolf Eichmann in Fortführung seiner Rolle als bisheriger Cheforganisator der Zwangsauswanderung nun in seinem Referat »Juden- und Räumungsangelegenheiten« die Vertreibungen mit allen anderen beteiligten zentralen und regionalen Regierungs- und Parteistellen abstimmt. Üblicherweise wurden als Beförderungsmittel Züge benutzt, ca. 1.000 Personen pro Transport füllten die Waggonen. In Berlin, wo 70.000 Juden lebten, sowie in Wien und Prag mit jeweils 50.000 jüdischen Einwohnern etablierte das RSHA mit Hilfe der Gestapo eine bis zum Kriegsende dauerhaft aufrechterhaltene Struktur von Zuständigkeiten, Arrestzellen und Sammellagern, andernorts wurde ad hoc organisiert, wenn eine »Aktion« befohlen worden war. Die Gestapo bezog die Repräsentanten der jeweiligen jüdischen Gemeinde in die Abwicklung der Deportationen ein. In der Regel wurden die zu Deportierenden aufgelistet, benachrichtigt und mußten sich in zentralen Sammelstellen melden, wo insbesondere die Vermögens- und Wohnungsfragen geklärt wurden. Nach ein bis zwei Tagen – ab 1943 dauerte die Haftzeit im Sammellager länger, bis ein Transport zusammengestellt war – gelangten sie zu Fuß, per Lastwagen oder Straßenbahn zum Bahnhof zu den bereitstehenden Zügen. Oft geschah dies unter den Augen der nichtjüdischen deutschen Öffentlichkeit. Wieviel Gepäck und welche Nahrungsmittel mitgenommen werden durften, war festgelegt. Deportiert werden sollten nach den bis Frühjahr 1943 geltenden Richtlinien des RSHA alle Juden aus dem Reich mit Ausnahme der in Mischehe lebenden, denen, die einer kriegswichtigen Arbeit nachgingen, die Frontsoldaten gewesen, die über 60 Jahre alt waren oder eine ausländische Staatsbürgerschaft besaßen. Staatenlose Juden sollten indessen ausdrücklich einbezogen werden.

Die Deportationen lagen im Spannungsfeld von zwei politischen Großvisionen: Zum einen gehörten sie zur nationalsozialistischen Phantasmagorie einer ethnischen

2 Vgl. zum folgenden Christopher R. Browning, *Die Entfesselung der »Endlösung«*. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939-1942, München 2003, S. 536 ff. Eine Besprechung dieses Buches durch Wolf Gruner findet sich in unserem Rezensionsteil.

Neuordnung Europas unter der Prämisse weitestgehender »rassischer« Einheitlichkeit, die im Zuge der gewalttätigen Aneignung des Kontinents geschehen sollte und zu der wesentlich das Instrument »völklicher Flurbereinigungen« (Adolf Hitler) gehörte.³ Insofern standen die nationalsozialistischen Vertreibungen in der Kontinuität einer politischen Praxis, die Nationalstaaten homogenisierte, indem man Minderheiten verschob, als Maßnahme präventiver oder tatsächlicher Konfliktbeseitigung oder zur Erzwingung ethnischer »Einheitlichkeit«.⁴ Zum anderen waren sie Teil einer hiervon zwar nicht unabhängigen, aber doch eigenen Vorgaben und Traditionen entsprechenden spezifischen »Judenpolitik«, die dem Ziel verpflichtet war, »das Deutsche Reich jüdenrein zu machen«, was schließlich in dem Versuch kulminierte, alle Juden zu töten, derer die Deutschen in Europa habhaft wurden. Daß als Zielgebiete für die Deportationen stets Peripherien – jedenfalls aus der Sicht der NS-Machthaber – in den Blick genommen wurden, gleich ob Kolonien wie Madagaskar oder okkupierte Gebiete wie »der Osten« Europas, hing nicht nur mit dem Gedanken der »Reinheit« des Zentrums, sondern auch mit der Vorstellung zusammen, in diesen imperialen Randzonen ließe sich die Idee des »Verschwindens« tatsächlich realisieren, unbemerkt von jeder Form von Öffentlichkeit und im Einklang mit den vermeintlich unzivilisatorischen Gegebenheiten dieser »abgelegenen« Gebiete.

Auffällig – und die Forschung seit langem schon beschäftigt – ist die Ungleichzeitigkeit von Deportationen und Ermordung: Während die sowjetischen Juden schon seit Sommer 1941 mit sich steigender Radikalität umgebracht wurden, verschleppte man die Deportierten aus dem Reich in die Ghettos von Lodz, Minsk und Riga – nachdem deren einheimische Bewohner zuvor getötet worden waren. Etwa 6.000 der deportierten Juden jedoch ermordeten Erschießungskommandos sofort nach der Ankunft in Kowno und Riga. Wiederum parallel hierzu und zu der als vorübergehende Maßnahme erachteten Unterbringung in den Ghettos wurde mit Tötungsarten durch Gas experimentiert. So wurde das erste mit Gaswagen ausgestattete Vernichtungslager in Chelмно im Dezember 1941 in Betrieb genommen, in Belzec und Birkenau wurden im März 1942 stationäre Gaskammern errichtet. Offenbar gründet diese Ungleichzeitigkeit sowohl auf dem Krieg als generellem Katalysator der Judenverfolgung als auch auf den jeweils aktivierten Feindbildern. Als die Deutschen in Polen einmarschiert waren, war das polnische »Judenproblem«, das den Besatzern nun in Gestalt des orthodoxen Juden entgegentrat, noch sekundär. In diesem Feldzug ging es zuerst darum, den antizipierten Widerstand der polnischen Intelligenz zu brechen, um so das Land zu »befrieden«.⁵ Zwei Jahre später hingegen identifizierten die

3 Vgl. v.a. Götz Aly, »Endlösung«. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt am Main 1995.

4 Vgl. z. B. Andrew Bell-Fialkoff, *Ethnic Cleansing*, New York 1996; Robert M. Hayden, *Schindler's Fate: Genocide, Ethnic Cleansing, and Population Transfers*, in: *Slavic Review* 55 (1996), Nr. 4, S. 727-749; Norman M. Naimark, *Flammender Haß. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert*, München 2004 (engl. Originalausgabe: *Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in Twentieth-Century Europe*, Cambridge/London 2001).

5 Vgl. neuerdings Alexander B. Rossino, *Hitler Strikes Poland. Blitzkrieg, Ideology, and Atrocity*, Kansas City 2003; auch Browning, *Entfesselung* (wie Anm. 2), S. 172.

Nationalsozialisten den sowjetischen Gegner mit »dem Judentum« und dem »jüdischen Bolschewismus«. Nun konnte sich der Kampf geradewegs gegen »die Juden« richten, und in diesem »Vernichtungskrieg« sollte der Nationalsozialismus seinen endgültigen »Aggregatzustand« (Bernhard Kroener) finden. Allein: Es bleibt die Frage, wie sich in diesen Ungleichzeitigkeiten, diesen Überlagerungen und nicht- bzw. nur teilweise korrespondierenden Entwicklungen die Vertreibung der Juden aus Deutschland verorten läßt.

Denn die NS-Machthaber unterschieden weiterhin zwischen osteuropäischen und westeuropäischen bzw. »deutschen Juden« oder den Juden, die aus dem »Altreich«, Österreich und dem Protektorat stammten. Die deutschen Juden waren die ersten in Zentral- und Westeuropa, die aus ihrer Heimat deportiert werden sollten. Ihr Tod durch Arbeit oder die mörderischen Lebensbedingungen an den Deportationszielen wurde zunächst nur billigend in Kauf genommen. Noch zögerten die Verantwortlichen, sie gleich und aktiv umzubringen. Anlaß für die Deportationen ab Herbst 1941, so Peter Longerich in seiner großen synthetisierenden Darstellung, seien zwei Beweggründe gewesen: einmal die Drohgebärde an die noch nicht in den Krieg eingetretenen Vereinigten Staaten, um diese von einer weiteren Annäherung an Großbritannien abzuhalten, sowie das propagandistisch-integrierende Motiv, eine Entlastung der ohnehin prekären, durch den Bombenkrieg weiter verschärften Wohnungssituation herbeizuführen. Beide Momente seien »auf eine äußerst raffinierte Weise miteinander verbunden«⁶ gewesen. Einmal davon abgesehen, ob diese Überlegungen tatsächlich ausschlaggebend waren: Die Frage, inwiefern mit der räumlichen Entfernung der Juden aus dem Reich gleichzeitig die Entscheidung darüber gefallen war, diese an den neuen Aufenthaltsorten Zielorten zu töten, beantwortet auch Longerich nicht eindeutig: Er datiert den Übergang von der »Judenpolitik« zur »Vernichtungspolitik« bereits auf den Herbst 1939, weil schon zu diesem Zeitpunkt die Vernichtungsrhetorik massiv die Äußerungen führender Funktionäre des NS-Staates durchzogen habe. Doch erst im Mai/Juni 1942 hätten die NS-Machthaber in Bezug auf die Juden aus dem Reich diesen Worten auch Taten folgen lassen, indem sie das eingeführte Ablaufschema der Vertreibungen aufgaben. Zudem sei nicht wie ursprünglich geplant nach dem erwarteten Sieg, sondern schon während des andauernden Rußlandfeldzuges eine Deportation sämtlicher Juden im deutschen Herrschaftsbereich anvisiert worden. In der Folge sei zum einen die deutsche Quote erhöht und zum anderen seien die Transporte aus Zentraleuropa sofort in die Vernichtungslager geleitet worden. Die Ermordung in Auschwitz sei damit endgültig an die Stelle der Idee vom »Juden-Reservat« getreten. Mit dieser neuen Praxis sei, so Longerich, die alte Erklärung obsolet geworden, die Morde als »Lösungen« für »Sachzwänge« auszugeben. Deren Logik lautete, daß die deportierten »Altreich«-Juden zur Zwangsarbeit umgesiedelt worden seien. Sie hätten sich aber den Bedingungen im Ansiedlungsgebiet nicht gewachsen gezeigt und müßten daher – angesichts der sich verschärfenden Ernährungs- und Unterbringungsmöglichkeiten und der wegen der Kriegslage

6 Peter Longerich, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München/Zürich 1998, S. 432.

blockierten weiteren Umsiedlung – beseitigt werden.⁷ Im Zuge der Ausdehnung des Deportationsprogramms auf den Westen und Südosten Europas habe die Vernichtungspolitik, das einzige während des Krieges noch durchführbare Element der »rassischen« Neuordnung Europas, zunehmend die Funktion einer Klammer der deutschen »Besatzungs- und Bündnispolitik« eingenommen.⁸

Christopher R. Browning hebt in seiner fundamentalen Studie über die »Entfesselung der Endlösung« als Grund für die eigentlich verschobene, im Herbst 1941 auf Drängen mehrerer Gauleiter gleichwohl erfolgte Deportation der deutschen Juden vor allem die zu diesem Zeitpunkt herrschende Sieges euphorie hervor.⁹ Er stimmt Longerich zwar zu, daß es im Herbst/Winter 1941 weder einen Plan noch ein Programm zur Ermordung von Millionen europäischer Juden gegeben habe, doch sei bis Ende 1941 zumindest die Richtung klar gewesen, denn »ungeachtet der Methoden und des zeitlichen Ablaufs«¹⁰ sollte kein europäischer Jude entkommen. Das halbe Jahr zwischen dem Beginn der Deportationen und der systematischen Tötung sei eine Periode der Initiativen, Experimente und Vorbereitungen gewesen, bis dann im März 1942 die »Endlösung« umfassend in Gang gesetzt wurde. Die ersten beiden Deportationswellen aus Deutschland hätten dazu gedient, Erfahrungen zu sammeln und die ineinandergreifende Tätigkeit einer Vielzahl von Behörden und Ämtern zu koordinieren.¹¹

Christian Gerlach befaßt sich hingegen hingegen u.a. mit der Frage, wann der Moment erreicht war, an dem die Deportationen nicht mehr Endziel, sondern Vorstufe zur Vernichtung wurden. Er mißt der Wannsee-Konferenz im Januar 1942 die Schlüsselstellung für die Ermordung der deutschen Juden zu: Während die Tötung der russischen Juden sofort mit der deutschen Besetzung der sowjetischen Gebiete vonstatten ging, sei bis dahin das Schicksal der deutschen Juden noch prinzipiell offen gewesen. Auf dem Tisch habe allein der Befehl Hitlers vom September 1941 gelegen, die Juden des gesamten Reichsgebiets möglichst noch im laufenden Jahr in die eingegliederten Ostgebiete und dann weiter »nach Osten« zu deportieren. Nach der Wannsee-Konferenz hingegen habe Konsens über die Einbeziehung der deutschen und der zentraleuropäischen Juden in das systematische Mordprogramm bestanden.¹² Diese These steht vor dem Hintergrund, daß Gerlach Hitlers grundsätzliche Entscheidung, sämtliche europäischen Juden zu töten, exakt auf den 12. Dezember 1941 datiert, nach dem Kriegseintritt der USA und nach der Beendigung der Gauleitertagung am gleichen Tage. Er weist damit Hans Mommsens These zurück, der grundsätzlich ausgeschlossen hatte, »daß Hitler die Genozid-Politik in Form einer direkten

7 Ebd., S. 489.

8 Ebd., S. 586.

9 Browning, *Entfesselung* (wie Anm. 2), S. 486 ff.

10 Ebd., S. 535.

11 Ebd., S. 569.

12 Christian Gerlach, *Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden*, in: *WerkstattGeschichte* 18 (1997), S. 7-44.

Führerweisung in Gang gesetzt hat.«¹³ Für Mommsen entfaltete die »Utopie« des Judenmords gerade im »Zwielficht unklarer Befehlsgebung« und »ideologischer Fanatisierung« ihre Dynamik.¹⁴

Obwohl sich also die neuere Forschung verstärkt den Deportationen als Thema zugewandt hat, sind doch bislang nur einzelne Aspekte beleuchtet worden. Im Gegensatz zu älteren Ansätzen der Holocaustforschung, die für die Deportation und Ermordung der Juden ein breites Spektrum mehr oder minder eindimensionaler Erklärungen anbot,¹⁵ das von Hitlerzentrierten Deutungen bis zum Selbstlauf bürokratisch-administrativer Prozesse reichte, betonen neuere Untersuchungen die Interdependenzen zwischen Kriegsplanung und -verlauf, Hunger- und Umsiedlungsplänen, innen- und außenpolitischen Motiven und versuchen, die Zusammenhänge zwischen Deportation, Ghettoisierung »im Osten« und systematischer Ermordung zeitlich und inhaltlich genauer zu bestimmen. Gleichwohl scheinen bestimmte Kernfragen, die den Stellenwert der Deportationen im NS-Verfolgungs- und Vernichtungsgefüge bestimmen, nicht hinreichend geklärt. Warum z. B. hat es in den Augen der NS-Machthaber nicht gereicht, die Juden in irgendeiner Ecke des neuen Reiches zu konzentrieren, warum mußten sie auch noch physisch ausgelöscht werden? Genügt hier der Verweis darauf, daß allen ethnischen Säuberungen ein genozidaler Zug zu Eigen ist? Oder liegt die Spezifik dieses Mordes in der »Intensität der nationalsozialistischen Rassenideologie«¹⁶, genauer noch im Ideologem der immer und überall auftauchenden und ansteckenden »Anti-Rasse« der Juden? Legt nicht gerade der changierende Inhalt des Begriffs »Deportation« nahe, den Holocaust noch stärker als bisher als uneinheitliche und keineswegs zielgerichtete Entwicklung anzusehen? Aber auch der konkrete Ablauf der Deportationen in den Städten des Deutschen Reiches und die Reaktionen der Betroffenen stellen noch weitgehend weiße Flecken in der Forschung dar, wenngleich sich vermehrt Regionalstudien, ergänzt durch Gedenkbücher und publizierte Photosammlungen mit den Transporten aus einzelnen Gebieten und Städten befassen.¹⁷ Dieser Fokus auf Mikrostudien steht zugleich für eine

13 Hans Mommsen, Die Realisierung des Utopischen: Die »Endlösung der Judenfrage« im »Dritten Reich«, in: ders., Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft, Reinbek 1991, S. 214.

14 Ebd., S. 215.

15 Vgl. dazu Dan Michman, Die »Shoa« in den Augen der Historiker: Probleme der Konzeptualisierung, Periodisierung und Deutung, in: ders., Die Historiographie der Shoa aus jüdischer Sicht. Konzeptualisierungen. Terminologie. Anschauungen. Grundfragen, Hamburg 2002, S. 14-45; vgl. auch den intentional ausgerichteten Artikel »Deportation« in der Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, Band 1, hg. von Israel Gutman u.a., München 1995, S. 316-322.

16 Naimark, Haß (wie Anm. 4), S. 109.

17 Stellvertretend für die zahlreichen, verstreuten Publikationen sei hier ein Hinweis auf die Überblicksartikel zu Berlin, München, Frankfurt, Wien, Breslau, Nürnberg, Stuttgart, Hamburg, Köln, Kassel, Düsseldorf, Münster, Osnabrück und Bielefeld, Hannover, Leipzig und Dresden sowie Dortmund von div. Autoren mit weiterführenden Literaturangaben gegeben, in: Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und

Neuorientierung in der lokalen und regionalen Forschung, deren Schwerpunkte zuvor eher auf der antijüdischen Politik, der Pogromnacht 1938 und den »Arisierungen« lagen. Zwar fehlen noch vergleichende Forschungen, doch fällt auf, daß die antijüdische Politik – wenngleich zentral gesteuert – lokal und regional durchaus unterschiedliche Ausprägungen aufwies.

Der vorliegende Band intendiert daher, den Komplex der Deportation der Juden aus dem »Altreich« 1938-1945« aus einer multiperspektivischen Sicht auszuleuchten. Zum einen unternimmt er es, das administrative Planen und Handeln auf der Täterseite zu erhellen: Wann, von wem, warum und unter welchen Bedingungen fielen die Entscheidungen über Abschiebung bzw. Deportation der Juden aus dem »Altreich«? Was verbarg sich jeweils hinter den Begriffen »Deportation« und »Endlösung«? Wie sah die Praxis der Deportationen aus? Lief dieser Vorgang überall im Deutschen Reich gleich ab? Und: Konnten die jüdischen Funktionäre, die die Nationalsozialisten bekanntlich für ihre Zwecke einspannten, diesen Prozeß aufhalten, abmildern oder überhaupt beeinflussen? Zum anderen liegt ein Schwergewicht auf den Reaktionen der Opfer. Wie weit war die jüdische Bevölkerung darüber informiert, was vor sich ging? Lassen sich Zusammenhänge zwischen dem Ahnen um das Verfolgungsgeschehen in Osteuropa und den Versuchen deutscher Juden herstellen, sich der Deportation zu entziehen? Spiegelten sich die zeitlich aufeinander folgenden Etappen – Ghettoisierung/Zwangsarbeit im Osten, dann Ermordung vor Ort bzw. in einem Vernichtungslager und schließlich direkte Transporte nach Auschwitz – in den Versuchen deutscher Juden, sich der Deportation zu entziehen? Deckte sich ihr Wissen um den Holocaust mit dem der nichtjüdischen betroffenen Bevölkerung? Weiter ist zu fragen, wie die einheimische Bevölkerung in den Zielgebieten die in »ihre« Ghettos eingewiesenen deutschen Juden wahrnahm und welche Nachrichten von den Deportierten aus Ghettos und Lagern in die Heimat gelangten. An den Herkunftsorten löschten die damit befaßten staatlichen Stellen die bürgerliche Existenz der Deportierten aus, hier ist zu untersuchen, was eigentlich mit deren Eigentum geschah und welche Institutionen ihre Hinterlassenschaft abwickelten. In anderen Worten: Wer profitierte vom Judenmord? Von besonderer Bedeutung ist schließlich die Frage, welche Haltung die »Volksgenossen« zu den Deportationen einnahmen.

Wolf Gruner befaßt sich in seinem Einführungs- und Überblicksartikel mit den im NS-Staat entwickelten Plänen, die Juden aus dem Deutschen Reich, dem »Altreich« und schließlich dem deutschen Herrschaftsbereich zu deportieren. Detailreich zeigt er, wie das federführende Reichssicherheitshauptamt mit den Gestapostellen die Deportation der Juden aus Deutschland in Zusammenarbeit mit Ministerien, Arbeitsämtern, der Reichsbahn und vielen anderen Institutionen organisierte. Er weist auch auf Hitlers wiederholte Eingriffe in den Prozeß hin, die von einer Erfolgskontrolle (bei der Abschiebung der polnischen Juden), der persönlichen Anordnung bis hin zur zeitweiligen Unterbrechung der Transporte aus kriegsbedingten Gründen reichten. Nach-

tschechoslowakischen Juden, bearbeitet von Wolfgang Scheffler und Diana Schulle, 2 Bde., München 2003. Vgl. ansonsten die in diesem Band vorgelegten Beiträge, die weitere Angaben zur regionalen Forschungsliteratur und zu Gedenkbüchern enthalten.

dem die Vertreibungen der Jahre 1933 bis 1938 nicht zum Ziel geführt hatten, gingen die Verantwortlichen zu Abschiebungen über und entwarfen – nach Kriegsbeginn – Pläne für »Judenreservate« in Madagaskar und später im Generalgouvernement. *Gruner* vertritt auf der Grundlage von neuen Dokumenten die These, die Deportation aller Juden aus Deutschland sei bereits kurz nach dem Überfall auf Polen beschlossen und auch konkret in Angriff genommen worden. Damit entkoppelt er die Deportationspläne vom oben diskutierten Wendepunkt zum Judenmord 1941/1942 und weist auf den genozidalen Gehalt hin, der den Plänen schon 1939/1940 zu eigen war.

Das Reichssicherheitshauptamt gab die Reihenfolge der Städte und Landkreise, aus denen die Juden »abwandern« sollten, den Zeitpunkt und die Personenzahlen verbindlich vor. *Beate Meyer* behandelt in ihrem Beitrag anhand der Städte Frankfurt, Nürnberg und Mainz die Möglichkeiten der jüdischen Funktionäre, das Deportationsgeschehen vor Ort zugunsten ihrer (Zwangs)Mitglieder zu beeinflussen. Nachdem sich die Repräsentanten der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland teils gezwungen, teils in der Hoffnung, ein »milderer« Verfahren als die Gestapo organisieren zu können, zur Mitwirkung bei der Organisation der Transporte bereit erklärt hatten, mußten die Leiter der meisten Bezirksstellen polizeilich zugewiesene Aufgaben erfüllen. Sie waren beispielsweise in die Erstellung der Deportationslisten einbezogen, benachrichtigten die Betroffenen, richteten Sammellager ein, sorgten für deren Unterhaltung und statteten die Transporte mit Handwerkzeug oder Maschinen aus, die vorgeblich zur Ansiedlung im Osten gedacht waren. Am Beispiel der Herrschaftskonstellationen in den drei genannten Städten untersucht die Autorin, welche Handlungsspielräume den jüdischen Funktionären jeweils noch blieben. Diese hingen wesentlich davon ab, so das Ergebnis, ob sie einen Ansprechpartner bei einer der führenden Verfolgungsinstanzen (Gestapo bzw. NSDAP-Gauleitung) fanden. Die regionalen Akteure konnten versuchen, die Zahl derjenigen, die zusätzlich zur vorgegebenen Deportationsliste als »Schutzhäftlinge« abtransportiert werden sollten, gering zu halten und die allgemeine Atmosphäre zu beeinflussen, in der die zu Deportierenden ihre letzten Tage oder Wochen am Heimatort erlebten.

Monica Kingreen präsentiert in ihrem Beitrag eine Fülle letzter Lebenszeichen von hessischen Juden. Sie zitiert aus Abschiedsbriefen von Juden, die angesichts der bevorstehenden Deportation Selbstmord verübten, und arbeitet aus Postkarten, Briefen, Kassibern, Tagebuchaufzeichnungen und Nachkriegsberichten heraus, was die Verschleppten aus den Lagern über ihre Lebensumstände, ihre Nöte und – soweit ersichtlich – über ihre Vorstellungen von der näheren Zukunft mitteilten. Selbst unter diesen Bedingungen versuchten viele, ihre Selbstachtung und Würde durch die Vermittlung von Bildung und Kultur zu erhalten. In einem weiteren Schritt legt die Autorin dar, welche Schlußfolgerungen die noch nicht deportierten Juden an den Heimatorten aus diesen Informationen zogen. Schon aus den Hilferufen nach lebensnotwendigen Gütern, aus verschlüsselten oder offenen Mitteilungen über den Tod von Leidensgenossen konnten diese schließen, wie hart die Bedingungen des Ghettolebens und der Zwangsarbeit waren, bis schließlich keine Nachrichten mehr in die Heimat gelangten. Deutlich wird, daß etliche Juden bis zu ihrer Ermordung glaubten, daß ihre Arbeitsfähigkeit ein Überleben garantieren könnte.

Robert Kuwatek erörtert das Schicksal der Juden aus dem »Altreich« in einem der wichtigsten Zielgebiete von Deportationen, nämlich dem Distrikt Lublin. Der Beitrag wagt den Versuch, die zeitgenössische Sicht der polnischen und jüdischen Bewohner der Region auf die aus dem »Altreich« Deportierten zu rekonstruieren. Hierzu hat der Autor nicht nur Archivmaterial ausgewertet, sondern auch Interviews mit Polen und polnisch-jüdischen Überlebenden geführt. *Kuwateks* Resümee lautet, daß in den Ghettos traditionelle kulturell und religiös motivierte Gegensätze zwischen »Westjuden« und »Ostjuden« wieder aufbrachen und allenfalls partiell überwunden werden konnten. Die wenigen Monate in den Durchgangslagern, als polnische und nichtpolnische Juden unter elenden Bedingungen zusammengepfercht lebten, führten zu verschärften Konfliktlagen, die eine Solidarisierung oftmals verhinderten und statt dessen alte Klischees und Vorurteile belebten.

Beate Kosmala wertet in ihrem Beitrag die Daten von rund 1.000 deutschen Juden aus, die untergetaucht oder unter falscher Identität überlebten. Die meisten stammten aus Berlin oder hatten sich in die Reichshauptstadt geflüchtet. Die Fluchtwellen lassen Rückschlüsse auf den Kenntnisstand der deutschen Juden vom Schicksal der bereits Deportierten zu und spiegeln insofern auch die Entwicklung der »Endlösung« von der Ghettoisierung »im Osten« hin zur systematischen Ermordung wider. Im Herbst/Winter 1941 bestand noch die allgemeine Einschätzung, es handle sich um eine »Evakuierung« in Arbeitslager. Dem entzogen sich diejenigen, die sich diesen Strapazen nicht gewachsen fühlten, die Zahl der Untergetauchten war noch gering. Spätestens ab Oktober 1942 veränderte sich aber die Situation, und Monat für Monat verstärkte sich die Fluchtwelle, bis sie infolge der sogenannten Fabrik-Aktion (27. Februar 1943) ihren Höhepunkt erreichte. Dennoch, so geht aus den ausgewerteten Erinnerungsberichten hervor, kann der Entschluß, in die »Illegalität« zu gehen, nicht monokausal auf Kenntnis oder Unkenntnis des Geschehens »im Osten« zurückgeführt werden. Schließlich blieb das »Wissen« oft schemenhaft, und das »Nichtwissen« war in manchen Fällen auch Teil einer lebensnotwendigen Verdrängung. Ob der folgenschwere Schritt in den Untergrund gewagt wurde, hing von vielen Faktoren ab: Von günstigen Gelegenheiten, von der Unterstützung durch Dritte, auch davon, ob auf Bindungen an Familienangehörige, die wegen ihres Alters oder Gesundheitszustandes nicht untertauchen konnten, Rücksicht zu nehmen war. Der Entschluß, sich der Deportation zu entziehen, rettete etwa einem Viertel der Untergetauchten das Leben, die anderen fielen Razzien, Denunziationen oder den Bomben zum Opfer.

Christiane Kuller untersucht in ihrem Beitrag, wie das Eigentum der Deportierten verwertet wurde. Im arbeitsteiligen Prozeß des Judenmords löschten die Beamten der Oberfinanzdirektion die Reste der bürgerlichen Existenz der Deportierten aus, indem sie deren verbliebenes Vermögen in der »Aktion 3« zugunsten des Deutschen Reiches beschlagnahmten, sobald die Deportierten die Reichsgrenzen überschritten hatten. Am Beispiel von Nürnberg – wo Sicherheitspolizei und NSDAP-Gauleitung bereits seit Jahren im offenen Konflikt miteinander lagen – zeigt sie die Konkurrenz- und Verteilungskämpfe zwischen RSHA und Gestapo auf der einen und der Oberfinanzdirektion auf der anderen Seite um Macht, Geld, Grundstücke, Möbel und Kunstwerke auf. Während sich die örtliche Gestapo – wie zuvor schon die NSDAP –

bereits weit über das im »Deutschen Reich« übliche Maß hinaus bereichert hatte, setzte sich nun die Reichsfinanzverwaltung durch. Die Behörde schuf innerhalb kürzester Zeit organisatorische Strukturen für den behördlichen Raub des Eigentums der Deportierten, die so umfassend waren, daß der NS-Staat mit dem größten Gewinn aus der »Aktion 3« hervorging.

Frank Bajohr fragt in seinem Beitrag nach der Entwicklung eines »schlechten Gewissens« bei den deutschen »Volksgenossen«. Im zeitlichen Längsschnitt wertet er Stimmungsberichte, die in der NS-Zeit auf verschiedenen politischen und administrativen Ebenen erstellt wurden, und andere Quellen aus, die Aufschluß über Meinungen und Haltungen zu den Deportationen geben. Während die offizielle Presse demonstrativ zu den Transporten schwieg, zeigen seine Quellen trotz aller Schönfärberei und Tabuisierung ihrer Verfasser, welch großes Interesse die Bevölkerung diesem Vorgang entgegenbrachte. *Bajohr* konstatiert, daß die meisten »Volksgenossen« zwischen aktiver Zustimmung, unauffälliger Zurückhaltung und kritischer Distanz schwankten, sich aber zumeist mit öffentlichen Äußerungen zurückhielten – im Gegensatz zu der weitaus kleineren Gruppe, die einen Dissens in Form von humanitären Einwänden erkennen ließ. Eine ähnliche Verhaltensvielfalt offenbarte sich in den Reaktionen auf die Versteigerungen des Besitzes deportierter Juden. Der Autor beschreibt, wie sich mit der Kriegswende 1942/43 diffuse Bestrafungsängste ausbreiteten, die während der zunehmenden Luftangriffe auf deutsche Städte weiter aktiviert wurden. Angesichts des Kriegsverlaufes machte sich in der Bevölkerung die Furcht breit, im Falle einer Niederlage für das an den Juden begangene Unrecht in Haftung genommen oder selbst in ähnlicher Weise behandelt zu werden.

Unser diesmaliges »Fundstück« ergänzt die vorangegangenen Aufsätze und erweitert sie noch einmal um eine neue Perspektive, nämlich um die eines nicht beteiligten ausländischen Beobachters. *Nicholas Terry* kommentiert das hochinteressante Protokoll eines Gespräches zwischen dem schwedischen Geschäftsmann Jacob Wallenberg und dem britischen Botschafter in Stockholm Victor Mallet. Der Industrielle Wallenberg gab Eindrücke und Informationen weiter, die er bei einem Besuch in Berlin im November 1941 gewonnen hatte. Der Botschafter notierte insbesondere die von Wallenberg registrierte ablehnende Haltung der Deutschen zur Judendeportation, die weitverbreitete Kenntnis von Hungerplänen für die überfallene Sowjetunion und die Klagen über den extremen Arbeitskräftemangel in der hochtourig auf Kriegsrüstung laufenden Industrie. Die britischen Geheimdienste analysierten seine Aufzeichnungen (wie ähnliche Quellen auch) unter ökonomischen Vorzeichen: Sie werteten die Deportationen als Indiz, daß Deutschland Zwangsarbeiter im Osten einsetzen wollte – und hielten an dieser fatalen Fehl-Einschätzung bis Ende 1942 fest, als das NS-Regime längst zur systematischen Ermordung der Juden übergegangen war.

Die Herausgeberinnen

Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland (1938 – 1945) Neue Perspektiven und Dokumente

Im NS-Staat wurden Tausende Juden deutscher und anderer Staatsangehörigkeit in Sammellager interniert und dann mit Bussen, Lastwagen, Personen- oder Güterzügen verschleppt: nach Polen, nach Frankreich, in Ghettos in den besetzten Ostgebieten, nach Auschwitz und Theresienstadt.¹ Die Massendeportationen aus Deutschland gehören zu den in der Literatur am häufigsten erwähnten, gleichwohl am wenigsten analysierten Aspekten der Verfolgungsgeschichte. Weder ist hinreichend erforscht, wie und wann die Methoden der Massentransporte entwickelt, noch wie die Deportationen im Reich geplant wurden. Welche zentralen und lokalen Behörden waren beteiligt?

Gemeinhin verstehen Forschung und Öffentlichkeit unter den Deportationen diejenigen Massentransporte aus Deutschland, die Mitte Oktober 1941 begannen. Diese Sicht verknüpft die Deportationen direkt oder indirekt mit dem Völkermord an den europäischen Juden. Zentrale Pläne vom Herbst 1939 für »Umsiedlungen« der Juden in ein Reservat im besetzten Ostpolen wurden, da gescheitert, kaum untersucht, die Massentransporte des Jahres 1940 aus Pommern und Baden als regionale Sonderfälle unterschätzt. Zu Vorgeschichte, Ablauf und Organisation der NS-Deportationen hatte H. G. Adler bereits 1974 ein Standardwerk vorgelegt.² Seit jener Zeit thematisierten viele der Lokalstudien zur Judenverfolgung auch die Massentransporte.³ Doch erst seit den 1990er Jahren untersuchen Historiker die lokale Organisation der Deportationen genauer bzw. die einzelner Transporte⁴ oder widmen sich

1 Für Anregungen und Kritik zu diesem Aufsatz sei den RedaktionskollegInnen, Thomas Jersch und Dieter Pohl gedankt. Einen Teil der Forschungsergebnisse für diesen Aufsatz erarbeitete der Autor während seiner Zeit als Pearl Resnick Fellow 2002/2003 am Center for Advanced Holocaust Studies des US-Holocaust Memorial Museums in Washington, DC.

2 H. G. Adler, *Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland*, Tübingen 1974.

3 Ausführlich z. B. Herbert Schultheis, *Juden in Mainfranken 1933-1945*, unter besonderer Berücksichtigung der Deportationen Würzburger Juden, Bad Neustadt a. d. Saale 1980.

4 Zum Beispiel: Michael Zimmermann, *Die Gestapo und die regionale Organisation der Judendeportationen. Das Beispiel der Stapo-Leitstelle Düsseldorf*, in: Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hg.), *Die Gestapo. Mythos und Realität*, Darmstadt 1995, S. 357-372; Monica Kingreen, *Gewaltsam verschleppt aus Oberhessen. Die Deportationen der Juden im September 1942 und in den Jahren 1943-1945*, in: *Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins NF 85* (2000), S. 5-95; »... Verzogen, unbekannt wohin«. Die erste Deportation von Münchner Juden im November 1941, hg. vom Stadtarchiv München, Zürich/München 2000; *Die Deportationen der Hamburger Juden 1941-1945*, hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg und dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden. Mit Beiträgen von Frank Bajohr u.a., Hamburg 2002.

Teilaspekten, wie dem Einfluß der Zwangsarbeit auf den Ablauf der Deportationen.⁵ Zuletzt rückten die Enteignung der Juden und die Rolle der Finanzämter mehr in das Zentrum des Forschungsinteresses.⁶ Die Namen der Verschleppten werden an immer mehr Orten erfaßt,⁷ und es wird endlich dokumentiert, was mit den Opfern nach deren Deportation geschah.⁸

Im folgenden werden Planung, Hintergründe und Entwicklung der NS-Deportationen in einer neuen Perspektive untersucht. Gezeigt wird, daß deren konkrete Vorgeschichte auf das Jahr 1938 zurückging, auf die versuchte Kollektivausweisung einiger hundert sowjetischer Juden, der die Vertreibung burgen- und sudetenländischer Juden sowie die gewaltsame Abschiebung von 17.000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit folgten. Schon Adler hatte auf die Bedeutung dieser Massenvertreibungen hingewiesen.⁹ Die Kollektivausweisungen von 1938 stellten nicht nur einen neuen, radikalen Schritt der NS-Vertreibungspolitik dar, sondern, basierend auf den Erfahrungen dieser Massenaktionen, entwickelte die Gestapo später die im Krieg angewandten Transportmethoden. Diese Gewaltaktionen waren Ausläufer der forcierten NS-Vertreibungspolitik von 1938, die Massentransporte seit Kriegsbeginn 1939 aber bildeten ein wichtiges Element einer neuen Verfolgungskonzeption, weshalb nur letztere hier als Deportationen bezeichnet werden. Daß die ersten Vertreibungsaktionen

- 5 Dieter Maier, *Arbeitseinsatz und Deportation. Die Mitwirkung der Arbeitsverwaltung bei der nationalsozialistischen Judenverfolgung in den Jahren 1938 – 1945*, Berlin 1994; Wolf Gruner, *Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938 bis 1943*, Berlin 1997.
- 6 »Betrifft: Aktion 3«. Deutsche verwerten jüdische Nachbarn. Dokumente zur Arisierung. Ausgewählt und kommentiert von Wolfgang Dreßen, Berlin 1998; Alfons Kenkmann/Bernd-A. Rusinek (Hg.), *Verfolgung und Verwaltung. Die wirtschaftliche Ausplünderung der Juden und die westfälischen Finanzbehörden*, Münster 1999; Kurt Schilde, *Bürokratie des Todes. Lebensgeschichten jüdischer Opfer des NS-Regimes im Spiegel von Finanzamtsakten*, Berlin 2001; Hans-Dieter Schmid, »Finanztod«. Die Zusammenarbeit von Gestapo und Finanzverwaltung bei der Ausplünderung von Juden in Deutschland, in: Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hg.), *Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. »Heimatfront« und besetztes Europa*, Darmstadt 2000, S. 141-154; Martin Dean, *The Development and Implementation of Nazi Denaturalization and Confiscation Policy up to the Eleventh Decree of the Reich Citizenship Law*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 16 (2002), S. 217-242.
- 7 Z.B. *Gedenkbuch: Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945*, bearb. vom Bundesarchiv Koblenz, 2 Bde., Koblenz 1986; *Gedenkbuch Berlins der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. »Ihre Namen mögen nie vergessen werden!«*, hg. Freie Universität Berlin, Berlin 1995; Peter Schulze, *Namen und Schicksale der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus aus Hannover*, Hannover 1995; *Hamburger jüdische Opfer des Nationalsozialismus: Gedenkbuch*, bearb. von Jürgen Sielemann (Staatsarchiv Hamburg), Hamburg 1995.
- 8 *Theresienstädter Gedenkbuch. Die Opfer der Judentransporte aus Deutschland nach Theresienstadt 1942-1945*, hg. vom Institut Theresienstädter Initiative, Prag 2000; *Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden*. Bearb. von Wolfgang Scheffler und Diana Schulle, Band I, München 2003.
- 9 Adler, *Der verwaltete Mensch* (wie Anm. 2), S. 161.

des Jahres 1938 über die »grünen« Grenzen zum Teil am Widerstand der vorgesehenen Aufnahme-Staaten scheiterten, führte zu einer Re-Konzipierung der NS-Vertreibungspolitik, und zwar zunächst zu der Idee, ein Reservat für die Juden in Übersee zu bilden. Doch im Herbst 1939, kurz nach dem Überfall auf Polen, und nicht erst im Sommer 1941 nach dem Beginn des »Unternehmens Barbarossa«, fällt die NS-Führung die Entscheidung über eine vollständige Deportation aller deutschen Juden – in die besetzten polnischen Gebiete, so die These dieses Beitrages. Neue Dokumente belegen, daß diese Deportationen vom Reichssicherheitshauptamt (RSHA) bereits im Herbst 1939 konkret in Angriff genommen und nach Unterbrechungen 1940 fortgesetzt wurden. Statt des Gesamtplans konnte das RSHA wegen des Krieges nur regionale Teil-Aktionen realisieren. Das Jahr 1941 markierte dann den Höhepunkt der zentralen Planungen. Bereits Ende Juli/Anfang August 1941 – und nicht erst Mitte September wie meist angenommen – fiel dann offenbar die Entscheidung der NS-Führung, die meisten Städte im »Großdeutschen Reich« noch während des Krieges von Juden zu »säubern«. Wenn die Deportationen aus dem Deutschen Reich aber von der NS-Führung früher geplant und vorbereitet wurden, als bisher angenommen, ändert das nicht nur ihren Platz in der Geschichte der NS-Judenverfolgung, sondern erhöht auch ihre Bedeutung für deren Interpretation und Verständnis.

*1. Die Vertreibungspolitik in der Sackgasse:
Kollektivausweisungen als Ausweg?*

Trotz der antijüdischen Politik seit 1933 und einer daraus resultierenden massiven Emigration lebten im Herbst 1937 noch über 350.000 Juden in Deutschland.¹⁰ Durch die Verarmung der jüdischen Bevölkerung wurde die NS-Vertreibungspolitik immer stärker blockiert. Jede Woche schlossen mehr Länder ihre Tore für jüdische Immigranten. Die Vertreibung würde mithin Jahrzehnte beanspruchen.¹¹ Angesichts dieser politischen Sackgasse zeigte sich die NS-Führung zuerst ratlos. Joseph Goebbels, der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda und Gauleiter von Berlin, hielt Anfang Januar 1938 in seinem Tagebuch fest: »Die Juden wollen an allen Grenzen emigrieren. Aber niemand will sie hereinlassen. Wohin mit dem Dreck?«¹²

Man suchte nach neuen Wegen der Massenvertreibung. Schon im NSDAP-Programm vom 24. Februar 1920 fand sich der Passus von der Ausweisung aller jüdischen Immigranten aus Deutschland. Seit 1933 war es in ungezählten Einzelfällen zu Ausbürgerungen oder Ausweisungen von deutschen bzw. nichtdeutschen Juden gekom-

10 Vgl. Anhang: Bevölkerungsstatistik, in: Wolfgang Benz (Hg.), Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988, S. 733.

11 Vgl. Wolf Gruner, Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen. Zur wechselseitigen Dynamisierung von zentraler und lokaler Politik 1933-1941, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48 (2000), S. 75-126.

12 Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftr. des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands, hg. von Elke Fröhlich, Teil I: Aufzeichnungen 1923-1941, Bd. 5, München 2000, S. 84: Eintrag vom 6.1.1938.

men. Viele dieser Vertriebenen wurden als »Staatsfeinde« enteignet.¹³ Doch nun testete der NS-Staat erstmals die Möglichkeit einer Kollektivvertreibung an einer Gruppe in Deutschland lebender Juden mit ausländischem Paß. Für den Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei befahl Dr. Werner Best am 5. Januar 1938 der Gestapo, alle sowjetischen Juden – außer denjenigen im diplomatischen Dienst – »ohne weitere Begründung aus dem Reichsgebiet mit einer Abzugsfrist von 10 Tagen auszuweisen.« Wer das Land nicht freiwillig und fristgemäß verlasse, werde abgeschoben.¹⁴ Ungefähr 500 Personen wiesen die Polizeibehörden förmlich aus.¹⁵ Ende Januar 1938 bat der »Hilfsverein der Juden in Deutschland« die Gestapo um eine Fristverlängerung für die Betroffenen. Die Sowjetunion gestatte weder die Einreise in ihr Staatsgebiet noch anderen Ländern, ihre Staatsbürger aufzunehmen.¹⁶ Als das Geheime Staatspolizeiamt von Problemen an der Grenze erfuhr, wo Polen die Ein- bzw. Durchreise ohne sowjetischen Stempel verwehrte,¹⁷ gewährte es im Februar bis zu zweimal sechs Wochen Verlängerung.¹⁸

Im Frühjahr 1938 diskutierten Goebbels und Hitler, nicht nur gegen polnische und rumänische, sondern auch gegen deutsche Juden vorzugehen: »Der Führer will sie allmählich alle abschieben. Mit Polen und Rumänien verhandeln. Madagaskar wäre für sie das geeignete.«¹⁹ Ähnlich dachten die Beamten in den Judenreferaten des SD und der Gestapo.²⁰ Verschärft hatte sich diese Diskussion durch die Annexion Österreichs Mitte März 1938. Zwar waren über einhunderttausend deutsche Juden inzwischen emigriert, doch gerieten doppelt so viele Juden neu unter deutsche Herrschaft. Eine Welle antijüdischer Gewalt in Österreich folgte.²¹ Die zweite Kollektivvertrei-

13 Grundlage des Raubes bildeten die Gesetze über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26.5.1933 sowie über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14.7.1933; RGBl., 1933 I, S. 293, sowie ebd., S. 479. Vgl. Dean, *Development* (wie Anm. 6), S. 218-226, Martin Friedenberger, *Das Berliner Finanzamt Moabit-West und die Enteignung der Emigranten des Dritten Reiches 1933-1942*, in: *ZfG* 49 (2001), S. 677-694. Vgl. auch den Beitrag von Christiane Kuller in diesem Band.

14 Erlaß des RFSSuChdDtPol S-V 6 1/38-469 (Geheim, i.V. Dr. Best) vom 5.1.1938, *Yad Vashem Archives* (YV) Jerusalem, 051/OSOBI (Sonderarchiv Moskau), Nr. 69 (501-3-583), Bl. 102+RS. Vgl. hierzu kurz Sybil Milton, *Menschen zwischen den Grenzen. Die Polenausweisung*, in: *Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte* 1 (1990), S. 189-190; Gruner, *NS-Judenverfolgung* (wie Anm. 11), S. 99-100.

15 Vermerk SD II 1123 vom 8.2.1938 (ausgef. am 9.2.), YV Jerusalem, 051/OSOBI, Nr. 398, Bl. 10-11.

16 Hilfsverein an Ministerialrat Dr. Krause (Gestapa) am 31.1.1938, ebd., Nr. 398, Bl. 4-6.

17 Handschriftl. Vermerk vom 31.1.1938, ebd, Nr. 69 (501-3-583), Bl. 103.

18 RFSSuChdDtPol Schnellbrief (Dr. Best) vom 17.2.1938, ebd., Nr. 69 (501-3-583), Bl. 105.

19 Die Tagebücher von Joseph Goebbels (wie Anm. 12), Teil I, Bd. 5, S. 269-270: Eintrag vom 23.4.1938. Vgl. Saul Friedländer, *Nazi Germany and the Jews*, Vol. 1: *The Years of Persecution, 1933-1939*, New York 1997, S. 219.

20 Kurt Düwell, *Die Rheingebiete in der Judenpolitik des Nationalsozialismus vor 1942*, Bonn 1968, S. 251.

21 Hans Safrian, *Die Eichmann-Männer*, Wien/Zürich 1993, S. 28-36; Doron Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938-1945. Der Weg zum Judenrat*, Frankfurt am Main 2000,

bung richtete sich gegen eine Gruppe nun inländischer Juden im annektierten Gebiet. Im Burgenland an der österreichischen Ostgrenze lebten über 3.000 Juden, die von der dortigen Gestapo, kooperierend mit verschiedenen Behörden, vertrieben wurden. Das erregte internationales Aufsehen.²² Während im Burgenland die Vertreibung trotz mancher Hindernisse mittelfristig gelang, galt die Kollektivausweisung gegen die sowjetischen Juden nach Ablauf der zweimal verlängerten Ausreisefristen als gescheitert. Auf Befehl des Chefs der Sicherheitspolizei, Reinhard Heydrich, lieferte man Ende Mai 1938 alle, die nicht abgeschoben werden konnten, bis zur Vorlage von Emigrationspapieren in Konzentrationslager ein. Um den Druck noch zu erhöhen, beschlagnahmte man bis zur Ausreise ihr Vermögen.²³ Dieser erste Versuch einer kollektiven Judenvertreibung war u.a. daran gescheitert, daß es keine gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion gab.

Mit den beiden Aktionen machte die Gestapo erste Erfahrungen über potentielle geographische und diplomatische Hindernisse für weitere Pläne, Juden aus Deutschland zu vertreiben.²⁴ Ungeachtet des Fehlschlags begann man ähnliche Schritte gegen andere Gruppen von Juden ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland einzuleiten. Am 11. Mai 1938 hatte der Reichsführer SS angeordnet, den Aufenthalt rumänischer Juden künftig strikt zu kontrollieren. Bei geringsten Verstößen gegen Gesetze erfolge die Ausweisung, das gelte auch, wenn rumänische Behörden Juden die Staatsbürgerschaft entzögen.²⁵ Geplant wurde bereits eine große Aktion gegen jüdische Polen, da seit April der polnische Staat im Ausland lebende Juden in wachsender Zahl ausbürgerte und viele nun staatenlos in Deutschland lebten.²⁶

2. Eine international organisierte Massenemigration als Alternative?

Aufgrund der vielfältigen Widersprüche der antijüdischen Politik ging die NS-Führung seit dem Frühjahr 1938 verstärkt zur Koordinierung und Zentralisierung der Verfolgungspläne über.²⁷ Als einzige Chance, die Vertreibung zu forcieren, erschien inzwischen eine organisierte Massenemigration, wie Reichsinnenminister Wilhelm

S. 57-114; Wolf Gruner, Zwangsarbeit und Verfolgung. Österreichische Juden im NS-Staat 1938-1945, Innsbruck u.a. 2000, S. 23-30.

22 Milka Zalmon, Forced Emigration of Jews of Burgenland. A Test Case, in: Yad Vashem Studies XXIV (2003), S. 287-323, hier 290-323. Vgl. auch Safrian, Eichmann-Männer (wie Anm. 21), S. 28-34.

23 Runderlaß RFSSuChdDtPol vom 28.5.1938, in: Helmut Eschwege (Hg.), Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933-1945, Berlin 1981, S. 111.

24 Vgl. ähnlich Milton, Menschen (wie Anm. 14), S. 190.

25 RFSS-Erlaß vom 11.5.1938, StadtA Leipzig, Kap. 1, Nr. 122, Bl. 105.

26 Referat Herbert Hagen auf SD-Hauptabteilungsleitersitzung II am 9.6.1938, in: Michael Wildt (Hg.), Die Judenpolitik des SD 1935-1938. Eine Dokumentation, München 1995, S. 192. Vgl. zur Politik der polnischen Regierung: Trude Maurer, Abschiebung und Attentat, in: Walter H. Pehle (Hg.), Der Judenpogrom 1938, Frankfurt/Main 1988, S. 52-73.

27 Vgl. ausführlich Gruner, NS-Judenverfolgung (wie Anm. 11), S. 101-102.

Frick am 14. Juni an Göring, Himmler, Heß und Wirtschaftsminister Funk schrieb. Weil nach der »Ausschaltung« aus der Wirtschaft die Juden in Deutschland künftig ohne Besitz daständen, verarmt und von der staatlichen Fürsorge abhängig, fehle ihnen jede Aussicht auf eine individuelle Emigration. Für eine »Masseneinwanderung der Juden«²⁸ sei bisher kein Land gefunden. Noch bestand in der NS-Führung allerdings Hoffnung, daß andere Staaten eine Massenaufnahme akzeptieren würden. In Evian am Genfer See diskutierten die Delegierten vieler Länder wenig später das Thema der jüdischen Flüchtlinge ausführlich.²⁹ Doch am 13. Juli 1938 konnte man im »Völkischen Beobachter« die höhnische Schlagzeile lesen: »Keiner will sie haben«. Das NS-Zentralorgan stellte heraus, daß die meisten Delegierten davon überzeugt seien, daß eine wirkliche Lösung nur gefunden werde, »in dem ein geeignetes Gebiet bereitgestellt wird, wo die Juden ›unter sich‹ sind und wohin außer den deutschen Emigranten im Laufe der Zeit die Millionen polnischer und anderer Juden abgeschoben werden können«³⁰. Hier zeichnete sich eine Reservatsidee in europäischem Maßstab ab. Doch Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk lehnte intern eine solche »territoriale Lösung« in einem Überseegebiet wegen der prekären Devisensituation Deutschlands definitiv ab.³¹ Wenn man also in der NS-Regierung keine Devisen wegen der Kriegsvorbereitung mehr bereitstellen wollte, war schon im Sommer 1938 an eine vollständige Vertreibung der Juden durch eine »legale« Massenemigration nicht mehr zu denken, weder auf individuellem Weg und durch Repression noch durch eine Massenansiedlung nach internationalen Absprachen

3. *Der kommende Krieg und neue Kollektivvertreibungen (Herbst 1938)*

Mit der »Sudetenkrise« Anfang September 1938 ergab sich eine veränderte Situation, denn ein Krieg konnte binnen Tagen ausbrechen. Doch Hitler konnte das Sudetengebiet, wo ungefähr 27.000 Juden lebten, durch das »Münchener Abkommen« vom 1. Oktober 1938 friedlich annekieren. Schon vor der Besetzung war es zu einer Massenflucht unter den Juden gekommen. Um eine weitere, langwierige Einzelemigration zu vermeiden, versuchte man, mit Gewalt die Flucht der restlichen Juden zu

28 RMDI-Schnellbrief vom 14.6.1938, in: Akten der Parteikanzlei der NSDAP, hg. vom Institut für Zeitgeschichte, München u.a. 1983, Teil I, Bd. 2 -Microfiche-, Nr. 20700228-37. Vgl. Uwe Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972, S. 181. Zum Einfluß der Verarmung der Juden auf die zentrale Diskussion: Wolf Gruner, Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung. Wechselwirkungen lokaler und zentraler Politik im NS-Staat (1933-1942), München 2002, S. 149-156.

29 Zur Emigration vgl. Susanne Heim, »Deutschland muß ihnen ein Land ohne Zukunft sein«. Die Zwangsemigration der Juden 1933-1938, in: Beiträge zur Nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 11 (1993), S. 48-81; Juliane Wetzel, Auswanderung aus Deutschland, in: Benz, Die Juden in Deutschland (wie Anm. 10), S. 412-498.

30 VB (Norddt. Ausgabe) vom 13.7.1938.

31 RFM an die Reichsminister, RFSS, StdF am 23.8.1938, Akten der Parteikanzlei (wie Anm. 28), Teil I/2, Nr. 20700222-27.

erzwingen.³² Angeblich wurde die Aktion von Hitler in Wien befohlen, dann von Reichskommissar Josef Bürckel und Gauleiter Odilo Globocnik ausgeführt. Nach der Besetzung suchte die Gestapo jedenfalls im Oktober 1938 im sudetenländischen Grenzgebiet Juden auf und ließ diese Verpflichtungserklärungen unterschreiben, binnen weniger Tage das Reichsgebiet zu verlassen.³³ Die neuen Vertreibungen führten zu diplomatischen Verstimmungen u.a. mit der tschechischen Regierung.³⁴ Doch Deutschland handelte aus einer Position der Stärke, nach wenigen Monaten lebten nur noch 10 Prozent der Juden im Sudetenland.³⁵

Nach der Annexion des Sudetenlandes bereitete sich das NS-Regime vor, den tschechischen Staat im Frühjahr 1939 mit Waffengewalt zu zerschlagen. Binnen fünf Monaten also mußte die Masse der Juden aus dem eigenen Herrschaftsgebiet vertrieben werden, denn das Schließen der Grenzen im Kriegsfall bedeutete ein Ende jeder Emigration.³⁶ Als die polnische Regierung eine Paßüberprüfung ihrer Bürger im Ausland mit Termin 30. Oktober 1938 anordnete, die sich speziell gegen die polnischen Juden im Deutschen Reich richtete, nutzte die NS-Führung das kurzentschlossen als Vorwand zu einer neuen Kollektivausweisung.³⁷ »Im Benehmen« mit dem Auswärtigen Amt beauftragte Reinhard Heydrich am 26. Oktober 1938 die Landesbehörden, polnischen Juden ab dem 30. Oktober gültige Aufenthaltsverbote zuzustellen.³⁸ Einen Tag später ordnete Best an, diese Juden sofort »in Abschiebungshaft zu nehmen und unverzüglich nach der polnischen Grenze in Sammeltransporten abzuschieben.« Eine möglichst große Zahl, insbesondere Männer, sollten vor dem 30. Oktober über die Grenze geschafft werden.³⁹ Daraufhin führte die Polizei in vielen deutschen Städten

32 Eine Dissertation zur Judenverfolgung im »Reichsgau« Sudetenland wird zur Zeit von Jörg Osterloh, Halle (Saale), an der TU Dresden fertiggestellt.

33 Nach SS-Tagesrapport vom Oktober 1938 bei Ludomír Kocourek, Das Schicksal der Juden im Sudetengau im Licht der erhaltenen Quellen, in: Theresienstädter Studien und Dokumente 1997, S. 86-104, hier 86-87. Vgl. Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940, hg. v. Klaus Behnken, 7. Aufl., Salzhausen/Frankfurt/Main 1989, Nr. 11 von 1938, S. 1180-1181.

34 Volker Zimmermann, Täter und Zuschauer. Die Judenverfolgung im »Sudetengau« 1938-1945, in: Theresienstädter Studien und Dokumente 1999, S. 180-203, hier 187. Vgl. Friedländer, Nazi Germany (wie Anm. 19), S. 266.

35 Kocourek, Das Schicksal der Juden im Sudetengau (wie Anm. 33), S. 87.

36 Vgl. Kurt Pätzold (Hg.), Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933-1942, Leipzig 1983, S. 144; Philippe Burrin, Hitler und die Juden. Die Entscheidung für den Völkermord, Frankfurt/Main 1993, S. 35.

37 Vgl. zum folg. Sybil Milton, The Expulsion of the Polish Jews, in: Leo Baeck Institute (LBI) Year Book XXIX (1984), S. 169-199 sowie Maurer, Abschiebung (wie Anm. 26), S. 52-73.

38 Schnellbrief (i.V. Heydrich) vom 26.10.1938, Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Magdeburg, C 20 I b, 1948 V, Bl. 242. (Teilabdruck in: Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933-1945, hg. v. der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden, bearbeitet von Dietrich Andernacht und Eleonore Sterling, Frankfurt am Main 1963, X 1, S. 422).

39 FS Blitz RFSSuChDtPol am 27.10.1938, Sächsisches Landeshauptarchiv (SLHA) Dresden, Ministerium des Innern, Nr. 11180, Bl. 5. Akte auch in US-Holocaust Memorial Museum (USHMM) Washington, RG 14.011 M.